

VW-Abgasskandal

IG Metall steht unter Zugzwang

WIEN. Der Abgasskandal bei VW hat auch die IG Metall erschüttert. Die einflussreiche Gewerkschaft muss Sparmaßnahmen abwehren und gleichzeitig die eigene Rolle hinterfragen.

Am liebsten würde der neue IG-Metall-Chef, Jörg Hofmann, im Moment nichts mehr zu VW sagen, doch das geht nicht. Beim Gewerkschaftstag in Frankfurt versammeln sich jeden Tag mehr als 1000 IG-Metaller und Gäste, um über die Zukunft der deutschen Kernindustrie zu beraten. Da können Hofmann und sein Vorgänger Detlef Wetzell nicht zum Diesel-Gate schweigen, zumal Hofmann künftig anstelle Berthold Hubers im Aufsichtsrat des Autoriesen sitzen soll.

In keinem anderen Industrieunternehmen ist die IG Metall so stark wie beim größten Autokonzern Europas, der wegen der Abgaswerte-Manipulationen in Diesel-Motoren vor Strafzahlungen und Schadensersatz in Milliardenhöhe steht. Mehr als 90 Prozent der Stammbesetzung sind gewerkschaftlich organisiert, geschützt vom VW-Gesetz spielt die IG Metall gemeinsam mit dem Land Niedersachsen auch im Aufsichtsrat eine gewichtige Rolle. Doch für die strategischen Entscheidungen sieht sie allein die Eignerfamilien, Piëch und Porsche, in der Verantwortung.

VW-Betriebsrat mischt mit

„Die Mitbestimmung bezieht sich nicht auf die Frage, welche Komponenten in einen Motor eingebaut werden“, sagt Hofmann-Vorgänger Wetzell. Dabei traten VW-Betriebsräte in der Vergangenheit gern als Kommandant auf und erläuterten Investitionsentscheidungen. Der Skandal um Lustreisen von Arbeitnehmervertretern auf Konzernkosten hatte den VW-Betriebsrat aber in eine tiefe Krise gestürzt. Bernd Osterloh stieg damals zum neuen starken Mann im Betriebsrat auf und beendete den monierten Kuschkurs.

Fakt ist, dass Osterlohs Team in jüngster Zeit ungewohnt viel Verantwortung im Unternehmen übernommen hat. Der mit dem Abgasskandal beschleunigte Konzernumbau hin zu dezentralen Strukturen und mehr Macht für die einzelnen Marken geht zu großen Teilen auf den Betriebsrat zurück. Ebenso die bessere Verzahnung der Nutzfahrzeugtöchter MAN und Scania. (apa)



IG-Metall-Chef Hofmann würde zur VW-Krise am liebsten schweigen.

LuxLeaks-Affäre

EU-Sanktionen für säumige Multis



Nicht nur mit Stella Artois reüssiert Anheuser-Busch InBev weltweit. Doch für Multis, die das EU-Parlament ignorieren, könnte ein Kater die Folge sein.

Sollten Multis die Lux-Leaks-Untersuchungen des EU-Parlaments weiter ignorieren, droht ihnen Lobbyisten der Rauswurf. Künftig könnten Sanktionen noch weit strenger sein.

BRÜSSEL. Wenig Rolle spielte der Sonderausschuss des EU-Parlaments zur LuxLeaks-Affäre bisher für internationale Konzerne. Sie hatten es bis auf wenige Ausnahmen nicht für nötig befunden, der Einladung der Abgeordneten zu folgen, ihre Steuerdeals in Luxemburg ein wenig zu erläutern. Das möchte das EU-Parlament nicht länger durchgehen lassen: Säumige Multis erhielten eine letzte Chance, hieß es in Parlamentskreisen. Sollten sie wieder nicht erscheinen, drohten Sanktionen. Im mildesten Fall dürften ihre Lobbyisten die EU-Parlamentsgebäude in Brüssel und Straßburg nicht mehr betreten. Erneut vorgeladen wurden Spitzenvertreter der Konzerne für den 16. November. Formal werden sie um ihre Meinung

zum jüngsten OECD-Abschlussbericht gegen Steuervermeidung (Base Erosion and Profit Shifting/BEPS) und der EU-Konsultation über eine einheitliche EU-Basis für Unternehmenssteuern befragt. Das geht aus dem Brief an Coca Cola hervor, der dem WirtschaftsBlatt vorliegt.

Saftige Nachzahlungen

Die Abgeordneten wollen aber vor allem mehr über die Tax-Rulings in Luxemburg wissen. Das sind jene Steuervorbescheide, mit denen die Luxemburger Finanzden Multis steuerschonende Konstruktionen vorab genehmigt hat. Die Steuerlösung für die Finanztochter eines der geladenen Konzerne wird die EU-Kommission heute, Mittwoch, wie berichtet für illegal erklären. Es geht um jene für Fiat Finance and Trade.

Weil sie den Wettbewerb unzulässig verzerrt, drohen laut „Financial Times“ bis zu 200 Millionen € Steuernachzahlungen in Luxemburg. Immer noch rund 30 Millionen € könnten dem Kaffeekonzern Starbucks blühen, dessen Tax-Ruling in den Niederlanden gegen das EU-Wettbewerbsrecht verstößt.

Neben Fiat Chrysler neu eingeladen werden der Internethändler Amazon, der Biergigant Anheuser-Busch Inbev, die Großbanken Barclays und HSBC, Coca Cola, Google, Facebook, Ikea, McDonald's, Philip Morris der US-Supermarktriase Walmart und die Walt Disney Company.

Sollten sie wie vor dem Sommer nicht erscheinen, gebe es Konsequenzen. Rasch umsetzbar sei, den Lobbyisten die Zugangsausweise für die Parlamentsgebäude zu entziehen, heißt es.

Weiters werde überlegt, unkooperative Multis aus dem EU-Lobbyingregister zu streichen. Steht eine Firma dort nicht drinnen, so kommt es immer häufiger vor, dass EU-Kommissare, EU-Abgeordnete und hochrangige EU-Beamte ein Treffen mit ihren Lobbyisten ablehnen. Einen solchen Schritt kann das EU-Parlament aber nicht allein entscheiden, weil es sich eben um ein gemeinsames Register mit der EU-Kommission handelt.

Auch die dritte und schärfste Sanktionsmöglichkeit müsste zumindest mit der Kommission abgestimmt werden. Das wäre der Ausschluss der Konzerne von

EU-Ausschreibungen. Wegen der nötigen Abstimmung der beiden EU-Institutionen gingen sich die beiden härteren Sanktionsvarianten wahrscheinlich nicht bis zum 16. November aus, hieß es in Parlamentskreisen. Doch könne die Änderung der Regeln für die Zukunft angestoßen werden.

Erweiterte Berichtspflicht

ÖVP-Delegationsleiter Othmar Karas forderte indes erneut eine länderbezogene Berichtspflicht für Multis. Firmen wie Ikea und Google sollten für jedes EU-Land den Umsatz, die Zahl der Mitarbeiter und die bezahlten Steuern angeben. So werde deutlich, wer trickst und sich nicht an das Prinzip hält, dass Steuern dort gezahlt werden müssen, wo die Wertschöpfung stattfindet, so Karas. Seine Forderung wird 2016 aber wohl ohnehin erfüllt, weil sich die OECD-Staaten im Rahmen der BEPS-Initiative dazu verpflichtet haben. Österreich werde demnächst einen entsprechenden Rechtsakt vorlegen, hat WU-Professor Claus Staringer unlängst zum WirtschaftsBlatt gesagt.

WOLFGANG TUCEK
wolfgang.tucek@wirtschaftsblatt.at

Studie

Gehaltsplus für Schweizer Firmenchefs

Während die Gagen von Chefs kleinerer Schweizer Unternehmen seit 2007 stiegen, sanken sie bei Großkonzernen.

ZÜRICH. Chefs kleiner und mittlerer börsennotierter Unternehmen durften sich in den vergangenen Jahren über deutlich höhere Gehälter freuen. Bei mittleren Unternehmen erhielt ein Firmenchef 2014 knapp ein Fünftel mehr als 2007. Im Durchschnitt bekam ein Firmenchef 3,4 Millionen Franken, was umgerechnet 3,1 Millionen € entspricht. Das geht aus einer am Dienstag veröffent-

lichten Studie des Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens PricewaterhouseCoopers (PwC) hervor. Bei den kleineren börsennotierten Firmen erhielt ein Geschäftsführer im Median 1,4 Millionen Franken und damit 16,1 Prozent mehr als 2007.

Dagegen sank bei den Großkonzernen des Börsenbarometers SMI der Medianlohn eines CEO in den vergangenen acht Jahren von 8,1 Millionen auf 7,5 Millionen Franken. Allerdings sei 2007 ein außergewöhnlich gutes Jahr gewesen, sagte PwC-Spezialist Remo Schmid. Danach seien die Durchschnittseinkommen als

Folge der Finanzkrise deutlich gesunken. Auch die Spitzengagen von teilweise über 20 Millionen Franken gingen klar zurück, sie liegen seit 2012 bei gut 13 Millionen Franken.

Aktienanteil gestiegen

Dabei erhalten die Firmenchefs einen größeren Teil ihres Lohns in Aktien als vor acht Jahren. In SMI-Unternehmen besteht das typische Vergütungspaket 2014 zu 50 Prozent aus Aktien, in mittelgroßen Unternehmen zu 35 Prozent. 2007 hatten erst 33 Prozent des Vergütungspakets bei SMI-Firmen aus Aktien bestanden. Bei mittelgroßen Unterneh-

men waren es 30 Prozent gewesen. „Aktien schaffen Anreize, doch sie sind auch riskant für Manager. Dieses Risiko muss kompensiert werden“, erklärt PwC-Partner Remo Schmid.

Nach der Einführung der gesetzlichen Bestimmungen als Folge der Abzockerinitiative gebe es weniger Ausreißer in der Vergütung, so der Zürcher Universitätsprofessor Alexander Wagner. Ob das auf die neuen gesetzlichen Regeln zurückzuführen sei oder mit allgemeinen Entwicklungen in der guten Unternehmensführung (Corporate Governance) zu tun habe, sei schwer einzuschätzen. (apa/sda)